61. Jahrgang No. 581

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Freitag, 12. Dezember 1913

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 90 Pf. wöchentl. bzw. 85 Pf. monatl. frei ins Haus, vierteljährl. M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pf. und vierteljährl. M. 2.70. — Insertionspreis für die Zeile 50 Pf., Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Strasse 46-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10181–10142.
Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin SW.

Filialen: Prinzenstr. 41, Wiener Str. 1-5, Frankfurter Allee 61-62, Grosse Frankfurter Str. 31, Prenzlauer Allee 54, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Schulzendorfer Str. 27, Badstr. 56, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 45, Bathhauser Str. 3, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 133, Lützowstr. 69, Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharfenstr. 39; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hertzstr. 1; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 136; Lichterfelde-W.: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Berthelmer Strasse 1; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstrasse 130; Tegel: Berliner Strasse 26, Tempelhof: Berliner Strasse 147; Wilmersdorf: Uhlandstrasse 36-39, Brandenburg: Steinstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstrasse 5; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Eine Proklamation der Aerzte.

Die neueste Phase des Kampfes der Aerzte und Krankenkassen.

Der Geschäftsausschuß des Deutschen Aerztevereinsbundes, der Aufsichtsrat, der Beirat, der Vorstand und die Vertrauensmännerversammlung des Leipziger Aerzteverbandes haben am 7. d. M. in gemeinsamer Tagung folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

„Nachdem durch den Erlaß der preußischen Minister für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und des Innern vom 2. Dezember 1913 zu den Beschlüssen von Vertretern der Bundesregierungen über den § 370 der Reichsversicherungsordnung die ärztliche Organisation als „vertragschließende Partei" ausgeschlossen werden soll, halten es die am 7. Dezember 1913 in Leipzig versammelten Vertretungen der ärztlichen Organisation (Geschäftsausschuß des Aerztevereinsbundes, Aufsichtsrat, Beirat, Vorstand und Vertrauensmänner des Leipziger Aerzteverbandes) für die einzig richtige Antwort, nunmehr in Preußen und allen Bundesstaaten, die den preußischen Erlaß aufnehmen, alle ärtlichen Vertragsverhandlungen mit Krankenkassen abzubrechen."

Dieselben-Instanzen haben außerdem folgenden Beschluß gefaßt:

„Geschäftsausschuß des Deutschen Aerztevereinsbundes, Aufsichtsrat, Beirat, Vorstand und Vertrauensmännerversammlung des Leipziger Aerzteverbandes stimmen den Worten, mit denen ihre Vorsitzenden sich zu Verhandlungen mit den großen Kassenverbänden bereit erklärt haben, ausdrücklich zu und bedauern es aufrichtig, daß durch das Verhalten des Reichsamts des Innern und die Ablehnung der Kassenverbände diese Verhandlungen vereitelt sind und damit **die letzte Gelegenheit zur Beendigung des Kampfes vor dem Eintreten des vertragslosen Zustandes versäumt ist.**

Obwohl die Aerzte nunmehr zur Notwehr und zum Kampfe gedrängt sind, erklären sie, dennoch, daß sie gewillt sind, die Gefahren nach Möglichkeit abzuwenden, die der am 1. Januar 1914 eintretende vertragslose Zustand nicht nur für die Versicherten, sondern auch für die Allgemeinheit mit sich bringen muß, sie erblicken schon jetzt in den Beschlüssen von Vertretern der Bundesregierungen zum § 370 der Reichsversicherungsordnung, noch mehr in dem Erlaß der preußischen Minister für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und des Innern vom 2. Dezember 1913 eine durch nichts gerechtfertigte **außerordentlich bedenkliche Verschärfung dieser Gefahren.** Es läßt sich nicht voraussehen, ob und wie weit es **Ehre und Gewissen** den Aerzten erlauben werden, neben den von den Vertretern der Bundesregierungen als Krankenbegutachter empfohlenen „Kassenkontrolleuren, Gemeinde- und Gutsvorstehern, Arbeitgebern, Hebammen, Schweistern oder anderen Personen von hinreichender Zuverlässigkeit und Sachkunde" überhaupt noch tätig zu sein. Sollte durch dieses Beseitschieben der Aerzte die allgemeine Gesundheitspflege empfindlich Not leiden, sollten durch zu spät erkannte und zu spät bekämpfte Epidemien **Krankheit und Leid über weite Bezirke Deutschlands verbreitet werden,** so trifft die Verantwortung dafür alle diejenigen, die den Kampf geschürt, Verhandlungen vereitelt und dem vertragslosen Zustand **diese unheilvolle Schärfe** gegeben haben."

Die Sache ist nun also glücklich so weit gediehen, daß die schwersten Gefahren für die öffentliche Gesundheit drohen, wenn das Reich in überraschender Mißachtung der ärztlichen Wissenschaft zugibt, daß Laien als medizinische Gutachter wirken dürfen. Es fehlt nur noch, daß das Reich die Kurpfuscher freundlichst auffordert, den Aerzten als Streikbrecher in den Rücken zu fallen.

Die schlummernde Krisis.

Die gestrige Etatsberatung im Reichstag beschäftigte sich wie an den Vortagen mehr mit der Affäre Zabern und dem Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler als mit dem Etat. Die Redner des Zentrums, der Nationalliberalen und der Fortschrittler unterstrichen es sehr deutlich, daß sie die Mißbilligung des Verhaltens des Kanzlers in der Zaberner Affäre ernster gemeint haben, als der Kanzler zu glauben scheint. Der Abgeordnete Erzberger meinte mit deutlicher Spitze: nach Neujahr sei der Reichstag auch noch da. Freilich hat das Zentrum sich schon so oft allen möglichen Beeinflussungen hinter den Kulissen zugänglich gezeigt, daß man seiner Festigkeit auch in der schwebenden Angelegenheit nicht allzu viel Vertrauen entgegenbringen kann. Ebenso haben sich die Nationalliberalen noch selten taktlich gezeigt. Immerhin klang in den gestrigen Reden ein so ernster Unterton durch, daß man von einer Beilegung der Krisis, wie der Kanzler und die Offiziösen glauben machen möchten, nicht sprechen darf.

Dem Kriegsminister v. Falkenhayn, der in seiner Erwiderung auf einige Anfragen seinen bekannten Ton beizubehalten für gut befand, wurde unter dem Beifall des Hauses von dem Elsäßer Ricklin gesagt, er möge den Reichstag nicht mit dem Kasernenhof in Zabern verwechseln.

Der Berliner Westhafen.

Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß.

Die Berliner Stadtverordneten befaßten sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Magistratsvorlage betreffend den Baudes Westhafens und in Verbindung damit mit der Vorlage betreffend die Schaffung eines Hafenbauamtes. Oberbürgermeister Wermuth begründete in längerer Rede den Antrag des Magistrats, der dahin geht, daß sich die Versammlung mit der Ausführung des Westhafens nach dem der Vorlage beigefügten Entwurf einverstanden erklärt. Für das laufende Etatsjahr verlangt die Vorlage die Summe von 1 000 000 Mark. Oberbürgermeister Wermuth wies in seinen Darlegungen auf die langen und schwierigen Vorarbeiten hin und betonte, daß mit der Ausführung dieses Projektes für Berlin ein Werk von außerordentlicher Bedeutung geschaffen werde, das wegen der Höhe der Kosten nicht aufgegeben oder hinausgeschoben werden dürfe. Nachdem ein Stadtverordneter seinen Bedenken wegen der Höhe der Kosten Ausdruck gegeben hatte und die anderen Vertreter der verschiedenen Fraktionen sich für die Schaffung des Westhafens ausgesprochen hatten, wurde beschlossen, die Vorlage einem Ausschuß zu überweisen. Hier der Versammlungsbericht:

Vorsteher **Michelet** eröffnet die Sitzung um 5½ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht eine Vorlage betr. die Krankenversicherung der nicht angestellten Lehrpersonen an den hiesigen Gemeindeschulen.

Die Vorlage wird in einer vom Stadtv. **Sonnenfeld** (A. L.) vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Ebenso wird die Vorlage betr. die Befreiung bestimmter Privatbediensteter von der Krankenversicherungspflicht angenommen.

Mit der Schaffung eines Hafenbauamtes und der Gewährung einer Fuhrwerksentschädigung an dessen Leiter ist die Versammlung einverstanden.

Sodann bewilligt die Versammlung die Mittel für Erteilung von Fortbildungsschulunterricht an die Fürsorgezöglinge auf dem Rieselgute in Falkenberg.

Es folgt die Vorlage betr. den

Bau des Westhafens

und in Verbindung damit die Vorlage betr. die Schaffung eines Hafenbauamtes. Der Antrag des Magistrats geht dahin:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Ausführung des Westhafens nach dem der Vorlage vom 5. Dezember 1913 beigefügten Entwurfe und Kostenanschläge vorbehaltlich der Genehmigung der Sonderentwürfe für das Verwaltungsgebäude und das Arbeiterspeisehaus und vorbehaltlich der drei mit der Staatseisenbahnverwaltung abzuschließenden Verträge einverstanden und bewilligt für das laufende Etatsjahr die Summe von 1 000 000 Mark aus Anleihemitteln."

Oberbürgermeister Wermuth:

Zu unserer aufrichtigen Verwunderung haben mehrere Stimmen in der Oeffentlichkeit aus dem Schlußsatz der Vorlage gefolgert, daß die Vertretungen von Berlins Handel und Industrie Gegner des Westhafens seien. Wer die Geschichte des Westhafens kennt, der weiß, daß genau das Gegenteil der Fall ist. Gerade diese Kreise haben bei dem ersten Auftreten des Planes eines Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin immer wieder dahin gedrängt, daß die Gelegenheit verwertet werden müsse, um die Vorteile dieses Unternehmens nicht nur für Preußen im allgemeinen, sondern namentlich auch für unsere Stadt nutzbar zu machen, und noch im Herbst haben sie sich mit Wärme in demselben Sinne ausgesprochen. Die städtischen Behörden haben von Anfang an denselben Standpunkt eingenommen, ja in der Stadtverordnetenversammlung ist sogar mehrfach ein Mißbehagen über die Verzögerung des Projektes zutage getreten. Und wirklich, meine Herren, zu früh sind wir mit der Vorlage nicht gekommen. (Sehr richtig!) Die städtischen Behörden trifft jedenfalls kein Verschulden an der Verzögerung. Die Bearbeiter der Sache haben einen Leidensweg zurückzulegen gehabt, so hatten sich die Schwierigkeiten aufgetürmt. Wenn nun der Großschiffahrtsweg im nächsten Frühjahr eröffnet werden sollte, so erreichen wir nun, daß wir zwar nicht mit einem fertigen Hafen am Platze sind, aber daß wir wenigstens verhüten, daß der neue Verkehr an uns vorbeipassiert und sich in begünstigteren Häfen einnistet.

Es ist gegen unsere ganze Hafenpolitik neuerdings geltend gemacht worden, daß unser Wasserstraßenverkehr seit 1906 im Rückgang begriffen sei. Die Tatsache ist richtig; aber woher stammt der Rückgang? Soweit er dauernd ist, eben aus dem

Mangel an ausreichenden Hafen-, Lösch- und Ladevorrichtungen und Lagerhäusern

in Verbindung mit Eisenbahnen. Die so ausgestatteten Häfen haben statt des Rückganges einen erheblichen Fortschritt zu verzeichnen, und auch der Eisenbahnverkehr von Berlin hat unseren Wasserstraßenverkehr seit 1904 gewaltig überflügelt. Gewiß hat der Rückgang des Verkehrs die Entfaltung der Häfen zunächst ungünstig beeinflußt. Die Kinderkrankheiten, die wir mit dem Osthafen und dem Westhafen zu überstehen haben werden, sind zweifellos größer, als wenn wir in der Lage gewesen wären, unseren Verkehr von vornherein und dauernd in aufsteigender Linie zu erhalten. Aber sollen wir deshalb darauf verzichten, das verlorene Terrain wiederzuerobern? Und können wir das namentlich hier, wo wir für den Großschiffahrtsweg selbst durch Uebernahme einer teilweisen Garantie eingetreten sind und die wirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens so gewürdigt haben?

Nach alledem kann man also jedenfalls von einer überstürzten Ausgabenpolitik bisher nicht reden. (Sehr richtig!) Diese Ausgaben sind schon 1911 bestimmt festgesetzt worden und haben ihren Platz gefunden in dem großen Finanz- und Anleiheplan von 1911/12. Die vorläufige Endsumme war damals mit 30 Millionen Mark angegeben, und davon haben Sie, meine Herren, 8 Millionen zurückgestellt, und zwar nicht etwa, weil Sie glaubten, daß man billiger wirtschaften könnte, sondern nur deshalb, weil Sie meinten — und, wie sich herausgestellt hat, mit vollem Recht —, daß der Betrag bis zum Ende 1913 sicherlich verbraucht werden würde. Mit der Endsumme selbst sind Sie durchaus einverstanden gewesen. Die damalige Endsumme wird nun in der jetzigen Vorlage um 4,6 Millionen Mark überschritten, und zwar 2,3 Millionen Mark für Eisenbahnanschlüsse und Eisenbahngelände, und die andere Hälfte für Verbesserungen, auf die teilweise aus dieser Versammlung selbst gedrängt worden ist. Was sonst noch den Betrag von 30 Millionen übersteigt, ist rein rechnerisch.

Die Vorlage trifft zeitlich mit mehreren großen Aufwendungen zusammen, die ebenso wie sie seit Jahren in Aussicht genommen waren. Das ist äußerlich ein bloßer Zufall; innerlich ist es vielleicht mehr. Im Magistrat ist keine Neigung, das Tempo unserer Ausgaben zu überstürzen; aber wenn einmal in langjähriger Vorbereitung Ausgaben bestimmt in Aussicht genommen sind, dann tut man auch gut, sie entschlossen und zum richtigen Zeitpunkt zu machen. Die rechte Zeit verpassen, das würde heißen:

teurer arbeiten.

Der Magistrat hat sich deshalb der sehr wenig erfreulichen Verpflichtung unterzogen, Ihnen kurz hintereinander drei große Ausgabenvorlagen zu machen — allerdings Ausgaben, die sämtlich darauf ausgehen, die Vermögens- und Erwerbswerte der Stadt zu verbessern und zu vermehren und damit auch die Leistungsfähigkeit der Bürgerschaft zu heben. Ein Einfluß auf den Anleihebedarf und auf die tatsächliche Begebung der Anleihen, wie er von mangelhaft unterrichteter Seite in den letzten Tagen behauptet worden ist, tritt in den nächsten Jahren nicht ein. Wohl aber darf und wird der Magistrat sich der Verpflichtung nicht entziehen, die Gesamtwirkung dieser großen Ausgaben sorgfältig zu berücksichtigen und sich danach bei der Etatsgebarung im nächsten Jahre zu richten. Wir machen diese Vorlagen in dem vollen Gefühl der schweren Verantwortung, die wir sowohl nach der positiven wie nach der negativen Seite zu tragen haben, und mit dem Bewußtsein, daß wir ein großes Problem für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt in der Hand haben. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. **Reimann** (N. L.) bestätigt dem Oberbürgermeister, daß die Versammlung der Inangriffnahme des Westhafens mit Ungeduld entgegengesehen habe. Sehr unangenehm berührt sei man aber im Kreise seiner Freunde über das rapide Emporschnellen der Kostensumme. Die ursprünglich in Aussicht genommene Summe von 30 Millionen Mark sei in der Vorlage mit 38 Millionen berechnet, aber diese Summe reiche nach nicht einmal aus, sondern werde sich auf etwa 43 Millionen Mark stellen. Hätte man dies vor zwei Jahren voraussehen können, so hätte man vielleicht erwogen, ob es nötig sei, die Anlage gleich so umfassend und so opulent herzurichten. Es dürfte vielleicht auch noch jetzt an der Zeit sein, eine solche Einschränkung in Beratung zu nehmen. Nach eingehender Kritik des in der Vorlage enthaltenen Zahlenmaterials und der Preise für den Terrainerwerb beantragt der Redner die Niedersetzung eines Ausschusses. Die überwiegende Mehrheit seiner Freunde habe die Ueberzeugung, daß die Stadt Berlin mit diesem Westhafen kein gutes, sondern ein schlechtes Geschäft machen werde; aber man sage sich, daß man eine solche Anlage von großzügigem Standpunkt aus betrachten und nicht in erster Reihe danach fragen müsse, was wird verdient, daß man vielmehr das tun müsse, was für Handel und Industrie segenbringend sei.

Stadtbaurat Krause: Der Magistrat hat nicht geglaubt, daß die Vorlage des Magistrats einen solchen Widerstand finden würde, wie er in den Ausführungen des Vorredners zum Ausdruck kam, im Gegenteil: er hat geglaubt, nach langjähriger Arbeit die Wünsche der Versammlung zu erfüllen. Wenn Stadtv. Reimann eine Rentabilitätsberechnung verlangte, so müsse er ihm antworten: haben die anderen Städte, die Hafenanlagen haben, Rentabilitätsberechnungen verlangt? Jede Stadt ist zufrieden, wenn sich die Anlage mit 2 Prozent verzinst. Berlin ist eine Industrie- und Handelsstadt und wir haben die Pflicht,

die Industrie konkurrenzfähig zu machen

dadurch, daß wir ihr die Massenartikel billig zuführen, und das kann nur auf dem Wasserwege geschehen. Wir hatten gehofft, daß wir bei der Arbeitsnot noch in diesem Winter mit den Arbeiten beginnen könnten; wenn aber die Versammlung einen Ausschuß wünscht, so könne der Magistrat nichts dagegen haben, in der Ueberzeugung, daß die Versammlung die Vorlage schließlich annehmen wird.

Stadtv. **Rosenow** (N. L.) tritt im Anschluß an die Ausführungen des Oberbürgermeisters für schleunige Inangriffnahme des Westhafens ein und spricht dem Stadtbaurat den wärmsten Dank für seine mühevolle und erfolgreiche Arbeit, die er trotz aller Schwierigkeiten nun zu Ende geführt hat, aus. (Beifall.) Die Versammlung hat aus eigenem Antrieb den Bau eines Westhafens gefordert, und es sei dringend zu wünschen, daß nun dieser Bau so sehr wie möglich gefördert werde. Und wenn keine Verzinsung und keine Rentabilität zu erwarten wäre, so würde Berlin das größte Interesse an der Durchführung dieses Baues haben müssen. Dieses großartige und großzügige Projekt müsse so schnell wie möglich verwirklicht werden und der Ausschuß, dem auch seine Freunde zustimmen, dürfe nicht etwa eine Kulisse sein,

um die Sache zur Vertagung zu bringen. Gehen wir schnell und ruhig an die Arbeit, was bei der Arbeitslosigkeit dringend zu wünschen wäre! (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. **Dyhrenfurth** (Fr. Fr.) empfiehlt die Vorlage im Sinne der Ausführungen des Oberbürgermeisters und bedauert, daß die Handelskammer und das Aeltestenkollegium nicht ebenso wie beim Osthafen sich zum Kostenbeitrage bereit erklärt haben.

Stadtv. **Bruns** (Soz.): Seine Freunde seien für den Ausschuß, wenn sie glauben, daß die Vorlage unverändert aus dem Ausschusse herauskommen wird. Die Sache habe schon die Verkehrsdeputation stark beschäftigt und dort habe Stadtverordneter Reimann, der Mitglied der Deputation sei, solche Bedenken wie heute nicht geäußert. Man sollte schnell bauen, denn dann baue man billig und erfülle auch eine soziale Aufgabe an den Arbeitslosen. Was die Vorwürfe gegen die beiden Handelskorporationen betrifft, so weise er darauffhin, daß diese sich zu einer solchen Beitragsleistung nur für den Osthafen bereit erklärt hatten.

Stadtv. **Cassel** (A. L.) tritt einigen Ausführungen des Stadtv. Bruns und des Stadtbaurats entgegen, die einige Bemerkungen des Stadtv. Reimann offenbar mißverstanden hätten. Es sei gewiß ein gutes Recht der Mitglieder, zu betonen, daß die Kosten so erstaunlich angeschwollen seien. Damit sei eine Stellungnahme gegen das Projekt in keiner Weise ausgedrückt. Von einer Absicht, die Sache hinter der Kulisse des Ausschusses verschwinden zu lassen, könne absolut keine Rede sein. Lebhaft zu bedauern sei, daß die beiden kaufmännischen Korporationen sich nicht zur Beitragsleistung bereit erklärt haben; wenn auch Berlin als Stadt ein lebhaftes Interesse an der Anlage habe, so sei auch das Interesse von Industrie und Handel außerordentlich, und deshalb sei es gerechtfertigt, wenn sich auch diese interessierten Kreise daran beteiligten. Das sollten diese Kreise nicht außer acht lassen.

Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.) erklärt namens seiner Freunde im allgemeinen die Zustimmung zu der Vorlage und stellt fest, daß der mißverständliche Eindruck der Rede des Stadtverordneten Reimann durch den Stadtverordneten Cassel beseitigt sei und nun trotz einzelner Bedenken in der Versammlung absolute Einigkeit bezüglich der Erreichung des Zieles herrsche. Daß der Betrieb des Hafens erhebliche Zuschüsse erfordern werde, sei wohl zweifellos, aber daran dürfe man sich nicht stoßen. Nachdem der Redner die Stellung der beiden Körperschaften zur Beitragsfrage kurz gestreift, schließt er mit der Hoffnung, daß der Ausschuß recht schnell und sachlich arbeiten werde.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen **geht die Vorlage an einen Ausschuß.**

Es folgt die Magistratsvorlage betreffend die

Errichtung eines Stadtschuldbuches.

Die Versammlung hatte schon im Jahre 1906 auf Antrag des Stadtv. Nelke beschlossen, den Magistrat zur Errichtung eines Stadtschuldbuches aufzufordern. Der Magistrat hatte dem Beschlusse grundsätzlich zugestimmt, die Ausführung verzögerte sich aber von Jahr zu Jahr, weil die für die Einrichtung erforderlichen Räume, besonders der nötige Tresorraum, nicht vorhanden waren.

Jetzt beabsichtigt der Magistrat, am 1. April 1914 ein Stadtschuldbuch zu errichten und schlägt folgende Beschlußfassung vor:

„Die Versammlung stimmt der vorgelegten Schuldbuchordnung zu und ist einverstanden, daß die Bestände der Sparkasse an städtischen Schuldverschreibungen und — soweit die Stiftungsdeputation und der Magistrat im Einzelfalle Bedenken nicht haben — auch die Bestände der Hauptstiftungskasse nach Vernichtung gemäß § 2 III der Schuldbuchordnung in das Schuldbuch eingetragen werden."

Die Versammlung beschließt Ausschußberatung.

Längere Debatte erregt die Vorlage, wonach an den Verband für erste Hilfe eine Beihilfe von 5000 Mark gewährt werden soll. Stadtv. Dr. Weil (Soz.) beantragt, die Sache solange auszusetzen, bis in dem neuen Etat die Zuwendungen an Vereine und Institute im allgemeinen behandelt werden. Der Redner rollt hierbei wieder die Frage der Verstadtlichung des Krankentransportwesens auf.

Nachdem die Stadtvv. Dr. Ritter (Fr. Fr.), Dr. Isaac (N. L.), Bamberg (Fr. Fr.) und Cassel (A. L.) sich für die sofortige Bewilligung ausgesprochen, wird die Vorlage angenommen.

Der Streik bei der Aschersleben er Maschinenbau-Aktiengesellschaft hat mit einer Niederlage der Arbeitnehmer geendet. Die Firma stellt keine Arbeiter mehr ein, wenn diese nicht aus dem sozialdemokratischen Verband austreten. Der Streik dauerte zwölf Wochen; in den letzten zwei Jahren war das der sechste Streik bei der Firma.

So geschehen in Preußen 1913! Ein Lehrer in Bassum (Hannover) hat einen zwölfjährigen und einen dreizehnjährigen Schüler bei der Staatsanwaltschaft wegen öffentlicher Beleidigung angezeigt, weil sie ihn und seine Frau nicht genügend gegrüßt hätten! Die Staatsanwaltschaft hat diesem unglaublichen Strafantrage stattgegeben und Anklage gegen die Schüler erhoben (!), und das Landgericht Verden hat das Hauptverfahren gegen die beiden Kinder eröffnet, weil sie „hinreichend verdächtig erschienen, den Lehrer und seine Frau öffentlich beleidigt zu haben, indem sie zu wiederholten Malen, wenn sie den Lehrer auf der Straße zu Gesicht bekamen, sich gegenseitig anstießen, den Lehrer und seine Frau frech angrinsten und anlachten, ohne zu grüßen". (!.!) Das Schöffengericht hat über eine Stunde verhandelt, die Beleidigungen als erwiesen festgestellt und schließlich die Jungen freigesprochen, weil sie die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besessen hätten.

Die Regierung gegen eine Beschickung der Panamaausstellung.

Entscheidende Erklärungen in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstages, die gestern nach Schluß der Plenarsitzung zum ersten Male in diesem Tagungsabschnitte zusammentrat, verhandelte über den bekannten, von zweihundert Mitgliedern des Hauses gestellten Antrag Bassermann (Natl.) auf Bewilligung von zwei Millionen für die Beschickung der Weltausstellung in San Francisco. Der Abgeordnete Bassermann begründete den Antrag besonders mit einem Hinweise darauf, daß eine Beteiligung Englands an der Ausstellung nun doch zu erwarten sei.

Die Regierung wandte sich nachdrücklich gegen den Antrag. Der Staatssekretär des Innern gab einen Ueberblick über die Entwickelung der ganzen Frage. Auf Grund der Erfahrungen bei den früheren amerikanischen Ausstellungen habe sich die Industrie mit erdrückender Mehrheit gegen die Beschickung der Ausstellung ausgesprochen. Die Industrie verzichte auch mit Rücksicht auf die amerikanischen Zollverhältnisse überwiegend auf direkten Import, und benütze die Vermittelung amerikanischer Importeure. Größtenteils habe sie auch eigene Fabriken eingerichtet.

Der neue Zolltarif

bedeute keine so wesentliche Erleichterung für den deutschen Export, daß dies eine Veränderung der Auffassung notwendig gemacht hätte. Auch die Verhandlungen mit der Ständigen Ausstellungskommission unter Zuziehung einer Reihe führender Persönlichkeiten in Industrie und Handel hätten eine völlig ablehnende Stellung ergeben. In der Zwischenzeit sei ein allgemeiner Umschwung nicht eingetreten. Auf eine neue Umfrage bei den Handelskammern hätten nur vier von 173 ganz zustimmend geantwortet. Wesentlich sei weiter, daß wir nach Meinung von Sachverständigen jetzt nicht mehr ausstellen können, und mit einer bloßen Kulturausstellung mache man auf die Amerikaner und Ostasiaten keinen Eindruck. Auch die vorgesehene Summe von zwei Millionen würde bei weitem nicht ausreichen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts kam zu demselben Ergebnis. Mit großer Entschiedenheit wandte sich auch der Schatzsekretär mit Rücksicht auf die Lage der Reichsfinanzen gegen den Antrag.

Vertreter aller Fraktionen, mit Ausnahme der Konservativen, wandten sich zum Teil mit Lebhaftigkeit gegen die Beweisführung der Regierungsvertreter. Unter allen Umständen würde der Schaden infolge einer Nichtbeschickung groß sein. Man müsse auch

Rücksicht auf die Deutsch-Amerikaner

nehmen. Eine Qualitätsausstellung sei durchaus noch möglich. Man müsse auch bedenken, daß ein Teil der Industriellen unter allen Umständen ausstelle. Man habe aber ein Interesse daran, daß dann die Ausstellung gut würde, und das sei nur unter staatlicher Unterstützung möglich.

Ministerialdirektor Lewald erklärt in sehr eingehenden, durch Zahlen gestützten Ausführungen, daß nach seiner festen Ueberzeugung eine wirkliche gute Ausstellung in der noch zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr durchgeführt werden könne. Eine mangelhafte oder zu spät beschickte Ausstellung würde aber gegenüber den früheren Ausstellungen in Chicago und St. Louis einen auffallenden Rückschritt bedeuten und schweren Schaden bringen. Die Ausstellung in St. Louis sei nur unter Anspannung aller Kräfte in achtzehn Monaten zustande gebracht worden, während für San Francisco nur noch vierzehn Monate zur Verfügung stünden. Dabei seien bei der größeren Entfernung die Schwierigkeiten unvergleichlich größer. Die Transporte mit der Eisenbahn über die gewaltigen Strecken müßten zu einer Fülle von Schwierigkeiten führen. Der Seeweg durch den Panamakanal sei absolut unsicher, der um Kap Horn erfordere hundert Tage. Die notwendigen Mittel würden ganz beträchtlich unterschätzt. Das deutsche Haus in St. Louis habe allein 1,6 Millionen Mark gekostet, die Versicherungen allein 450 000 Mark. Die Ausstellung in San Francisco solle wesentlich länger dauern, so daß die Kosten auch wesentlich wachsen würden.

Unter fünf Millionen Mark

sei etwas Gutes unmöglich zu schaffen. Die Besorgnis, England könne sich nun doch in nennenswertem Maße beteiligen, sei ganz unbegründet. Auch für das englische Komitee sei es absolut unmöglich, heute noch etwas Gutes zu schaffen; für das englische Komitee seien sogar die Schwierigkeiten noch größer. Die englischen Industriellen hätten ohne dies gar keine große Neigung, zu Ausstellungen zu gehen.

Diese überraschenden Ausführungen setzten die Kommission außer Stande, einen bestimmten Beschluß zu fassen. Unter lebhaftem Bedauern von allen Seiten über diese Lage der Dinge und auch darüber, daß diese entscheidenden Mitteilungen während der Vorverhandlungen nicht gemacht wurden, wurde beschlossen, zunächst den Fraktionen noch einmal Bericht zu erstatten. **Die Verantwortung für ein Eintreten all der Befürchtungen, die an eine Nichtbeschickung der Ausstellung geknüpft werden, wurde der Regierung zugeschoben.**

Dem Plenum soll heute ein kurzer Bericht über die Sitzung gegeben werden. Von den Regierungsvertretern wird eine Wiederholung ihrer Mitteilungen in dem Plenum für die Oeffentlichkeit erwartet. Nach den Erklärungen der Regierung ist mit einer praktischen Durchführbarkeit des Antrages nicht mehr zu rechnen.

Vertrauensvotum für das Kabinett Doumergue.

(Privat-Telegramm.)

Paris, 11. Dezember.

Als heute nachmittag ½3 Uhr der neue Ministerpräsident Doumergue den bis auf den letzten Platz gefüllten Sitzungssaal der Deputiertenkammer betrat, wurde er von der Linken mit mäßigem Beifall, von der Rechten mit lautem Geheul empfangen. Ebenso einen Augenblick später Caillaux. Der Ministerpräsident tritt sogleich auf die Tribüne, um sein Programm zu verlesen. Die Erklärung des Ministeriums (deren hauptsächlichen Inhalt wir bereits im Abendblatt mitgeteilt haben. D. Red.) ist sehr geschickt und imponiert offenbar der Kammer durch ihre Klarheit und durch die Präzission, mit der zwischen den sich widerstrebenden Problemen der einzig mögliche Ausweg gefunden wird. Doumergue erklärt namentlich, daß das Kabinett

nur mit einer republikanischen Mehrheit der Linken

regieren werde, eine Erklärung, die von der Rechten durch heftige Zwischenrufe und ständiges Lachen unterbrochen wird. Die Linke applaudiert, die Sozialisten halten sich zurück.

Die Interpellanten, die dann aufmarschieren, um die Regierung über die dreijährige Dienstzeit und über die Zusammensetzung des Ministeriums zu befragen, sind im Anfang dem Kabinett nicht sehr freundlich gesinnt; einige von ihnen, wie Violette und Joseph Reinach, sprechen Herrn Doumergue aber ihr Vertrauen aus. Aber gefährlich wird die Lage des Kabinetts einen Augenblick, als Briand in einer Zwischenbemerkung — die beinahe dreiviertel Stunde dauert — dem Kabinett die Unklarheit seiner Haltung und seines ganzen Programms vorwirft. Briand geht soweit, dem Ministerium verbrecherische Manöver vorzuwerfen, so daß im Hause ein furchtbarer Tumult entsteht, in dem alles drüber und drunter geht. Schließlich bringt der Abgeordnete Lefèvre eine Tagesordnung ein, die sich wieder auf die finanzielle Frage bezieht. Er schlägt vor, die Kammer solle vom Ministerium fordern, daß

keine Auslandsanleihe

auf dem französischen Markt zugelassen werde, bis die französische Anleihe ausgegeben sei. Wegen dieser Tagesordnung kommt es zu einer neuen und komplizierten Debatte, in die Jaurès kommt es zu einer neuen und komplizierten Debatte, in die Jaurès und Caillaux eingreifen. Der neue Finanzminister erklärt, die Regierung könne sich nicht binden lassen. Lefèvre ändert schließlich seine Tagesordnung daraufhin ab, und die Kammer fordert das Ministerium auf, auf dem französischen Markt vorläufig keine ausländische Anleihe zuzulassen, bis die Kosten für die nationale Verteidigung gedeckt seien. Bei der Abstimmung wird eine Tagesordnung Painlevé, die der Regierung das Vertrauen ausspricht, mit 293 gegen 137 Stimmen angenommen. Der Antrag Lefèvre wird von der Kammer verworfen und dafür ein Amendement Giou mit 302 gegen 141 Stimmen angenommen, das besagt, die Regierung solle die finan-

---

Königliches Schauspielhaus.

„Graf Ehrenfried".

Romantisches Lustspiel von Otto Sinnerk.

Weihnachten steht vor der Tür — das ist die Zeit, da wir gern Märchen hören. Die Leitung des königlichen Schauspielhauses wollte es sich nicht nehmen lassen, auch einmal dem Zuge der Zeit zu folgen: sie überraschte ihre Getreuen gestern mit einem Märchen. Der Verfasser nennt sein Werk zwar ein romantisches Lustspiel, aber ein Märchen ist's und bleibt's doch. Freilich, der übliche Märchenpring ist nur ein Graf, Graf Ehrenfried, ein Träumer, ein Phantast, der auf dem zerfallenen Schloß seiner Väter haust, glücklich und zufrieden, denn nun duscht im Prunksaal die Decke fehlt, dafür spannt sich der Himmel mit der lachenden Sonne darüber, und die Linden grüßen herein; das frische Quellwasser wandelt sich in seiner beneidenswerten Phantasie zum köstlichen Malvasier, das Stückchen trocken Brot zur Rehbuhnpastete. Und sein glückliches Naturell hat sich auch auf seine Dienerschaft übertragen; ist doch ihr Kleid zerschlissen, ihre Herzen schlagen treu für ihren Herrn. Der Magister versieht das Amt eines Hirten, er treibt die Kühe heim, die nicht existieren, der Jäger „schießt" den Wildschwan ohne Pulver und Blei, auch des Nachbarn Gänseherde für die Küche, wo Liese, das treuergebene jugendliche Faktotum sie für den Herrn bereitet. Und nun gar erst Georg, der Haushofmeister; der lügt, wenn des Jägers Kunst versagt, für seinen Herrn und für all die anderen die auserlesensten Genüsse auf die Tafel und — man tut sich gütlich daran, wenn auch der Magen knurrt. So würde Graf Ehrenfrieds Glück vollkommen sein, wenn ihn nicht die Sehnsucht nach einer großen Tat beherrschte. Und diese Tat vollbringt er eines Tages, unbewußt. Er jagt mit seinen Gerte zwei Landstreicher in die Flucht, die einen einsamen Schläfer im Walde ausplündern wollen. Dieser Schläfer ist kein anderer als der Kurfürst, der sich von seinem Gefolge auf der Jagd getrennt hat. Als der Held, der das Leben des Landesherrn gerettet, wird Graf Ehrenfried an den Hof gebracht und mit Ehren überschüttet. Doch Neid und Mißgunst sprengen das Gerücht aus, Ueberfall und Rettung seien ein abgekartetes Spiel gewesen. Die Wahrheit kommt zwar an den Tag, allein Graf Ehrenfried hat genug von dieser ersten Begegnung mit der Welt des Prunks und der Falschheit — er zieht sich in seine Welt zurück, in seine Traumwelt, wo man keinen Neid, keine Mißgunst kennt, nur treue, erprobte Herzen — dort findet er das Glück wieder, das ihm auf kurze Zeit verloren ging.

Ein richtiges Märchen, nicht wahr? Ob freilich der Verfasser ein solches zu schreiben beabsichtigte, steht auf einem anderen Blatt. Herr Dr. Hinnerk ist in seinem Hauptberuf Arzt an einer Schweizer Nervenheilanstalt; möglich oder sogar wahrscheinlich, daß er in dem Grafen Ehrenfried einen „typischen Fall" dramatisieren, die Macht der Wahnvorstellungen behandeln wollte, die so weit geht, daß nicht nur der damit Behaftete felsenfest an das glaubt, was ihm seine krankhaft erregte Phantasie vorspiegelt, sondern daß die Halluzinationen sich selbst auf die Umgebung eines solchen Kranken übertragen können. Nach des Verfassers literarischer Bergangenheit — die beiden Komödien „Ehrsam und Genossen" und „Närrische Welt" stammen aus seiner Feder — könnte man ihm diese Absicht wohl zutrauen. In der Ausführung versagt aber seine dichterische Kunst — es wurde ein Märchen, was er uns bot, ein Märchen aus dem Lande der Träumer. Manche Figuren freilich, wie zum Beispiel die eines „Justizrats", wollen in ein Märchen nicht recht passen, dafür aber andere wieder um so besser, so die Käthchenfigur der Liese, der Haushofmeister, der Magister und der gräfliche Träumer selbst.

Die Regie wurde denn auch von einem ganz richtigen Gefühl geleitet, als sie die Aufführung auf den Märchenton abstimmte, und die Darsteller folgten ihr willig. Vor allem Herr Sommerstorff als Graf Ehrenfried, — ein richtiger Märchenprinz. Nächst ihm ist Fräulein Thimig als Lise zu nennen, ein liebes Gänschen, das mehr durch Blicke als durch Worte wirkte. Herr Pohl als

ziellen Mittel des Landes zunächst den Bedürfnissen der Landesverteidigung vorbehalten.

Die reaktionären Märker.

Konservativer Parteitag der Provinz Brandenburg.

Gestern wurde in Berlin ein Parteitag der vereinigten Konservativen der Provinz Brandenburg abgehalten, der zu den schwebenden politischen Fragen Stellung nahm. Den Vorsitz führte der Provinzialvorsitzende v. Dallwitz-Tornow. Die Berichterstattung über die Vorgänge in der Reichspolitik hatte der Vorsitzende der konservativen Reichstagsfraktion Graf Westarp übernommen, der zunächst ausführlich die Entwickelung der letzten Wehr- und Deckungsvorlagen im Reichstag besprach und ausführte, wie sowohl die Regierung wie die bürgerlichen Parteien bei dieser Gelegenheit sogar sozialdemokratische Forderungen erfüllt haben. (Hu!) Er verlas aus den stenographischen Reichstagsberichten Teile aus einer Rede des Abgeordneten Dr. David, um im Anschluß daran auszuführen, daß auf dem Gebiet der Erbschaftssteuer die Sache genau so verlaufen sei, wie der Abgeordnete David sie damals vorausgesagt habe. Aber so sei es eben, daß sozialdemokratische Forderungen von der Regierung und den bürgerlichen Parteien zuerst zwar bekämpft würden, daß aber dann Regierung und bürgerliche Parteien sich der Massensuggestion nicht entziehen und unter dem Druck der Suggestion (?!) sozialdemokratischen Forderungen nicht mehr den genügenden Widerstand entgegensetzen könnten. Nur die Konservativen hätten in dieser Frage von Anfang an nicht parteipolitische Zwecke verfolgt, sondern hätten sich von grundsätzlichen Erwägungen leiten lassen, nämlich der ungeschmälerten Aufrechterhaltung der Armee als eines Instrumentes des obersten Kriegsherrn und der Bekämpfung eines parlamentarischen Regimes. Die konservative Partei werde auch künftig sich dem Massensturm der sozialdemokratischen Partei entgegenstellen und werde nicht umfallen. Ein solches grundsätzliches Festhalten sei in unserer Zeit notwendiger als je. (Stürmischer Beifall.)

Dem Parteitag wurde folgende Resolution vorgelegt:

„Der Parteitag der vereinigten Konservativen der Provinz Brandenburg spricht den parlamentarischen Vertretungen im Reichstag und Landtag für ihr Wirken und für ihre Haltung Dank und Anerkennung aus. Insbesondere stimmt er der Reichstagsfraktion darin zu, daß sie den dort sich geltend machenden Bestrebungen, die Stellung der Regierenden und der Staatsgewalt überhaupt einzunehmen und allmählich ein immer größeres Uebergewicht des Parlamentarismus herbeizuführen, energisch entgegengetreten ist. Er fordert ferner auf, darauf Bedacht zu nehmen, daß die verfassungsmäßigen Grundlagen des Deutschen Reiches nicht durch eine Schmälerung der Rechte der Einzelstaaten in Frage gestellt werden, wie das vor kurzem anläßlich der Deckung der Wehrvorlagen geschehen ist. Er fordert endlich ausreichende und schleunige Sicherung der Freiheit der Arbeit (!) und ein mutiges Eintreten für Autorität und soziale und wirtschaftliche Ordnung gegenüber der immer stärker anwachsenden Bewegung des Umsturzes."

Stadtverordneter Justizrat Dr. Baumert-Spandau forderte die konservative Partei auf, die Interessen der städtischen Haus- und Grundbesitzer mehr wahrzunehmen. Wenn die konservative Partei nicht in den Städten Wurzeln faßt, wird sie keine glänzende Zukunft haben. — Major Stroffer-Berlin: Die konservative Partei hat keine Verbündeten. Zur Zeit Eugen Richters war der Freisinn noch kein Verbündeter der Sozialdemokratie. Jetzt kann man beide Parteien in einen Topf werfen. Die Nationalliberalen sind äußerst zwiespältig, machen aber alle Bündnisse gegen die Konservativen mit. Wir müssen alle Verbündeten der Sozialdemokratie genau so behandeln, wie die Sozialdemokratie selber. (Stürmischer Beifall.) Unter keinen Umständen dürfen wir irgendwelchem Betteln oder Flehen nachgeben. Es kann uns völlig gleichgültig bleiben, ob ein Sozialdemokrat ins Parlament kommt, oder einer, der sich im Schlepptau der Sozialdemokratie befindet. (Lebhafter Beifall.)

Nach weiterer Debatte wurde die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen, und das reaktionäre Provinzialkränzchen war zu Ende.

Die letzte „Wackesaffäre". Wie Wolffs Telegraphisches Bureau erfährt, hat das Generalkommando den Artikel des „Journal d'Alsace-Lorraine" vom 5. Dezember 1913, in dem der Redakteur Markus Allard, mit richtigem Namen Eugen Jung, aus Schiltigheim die falsche Anschuldigung erhoben hat, von einem Offizier vor dem Broglieka sino beleidigt und geschlagen worden zu sein, der Staatsanwaltschaft übergeben.

Die Ritter des Eisernen Kreuzes. Die Zahl der noch lebenden Ritter des Eisernen Kreuzes erster und zweiter Klasse ist trotz der im Laufe der Jahrzehnte durch den Tod bereits erfolgten Abgänge noch immer beträchtlich. Wie die „Deutsche Parlaments-Korrespondenz" erfährt, werden in den Listen der Generalordenskommission, nach Streichung der als verstorben bekannt gewordenen Inhaber dieser Auszeichnung, beim Eisernen Kreuz erster Klasse noch 309 und beim Eisernen Kreuz zweiter Klasse noch 29 567 Personen als lebend geführt. Nun wird diese Zahl tatsächlich etwas geringer sein, da ein Teil der Todesfälle von Inhabern nicht amtlich mitgeteilt wird. Immerhin steht aber fest, daß noch eine stattliche Schar aus der Zahl der mit dem Eisernen Kreuz dekorierten Krieger aus der großen Zeit von 1870-71 am Leben ist.

---

will durch Einfachheit bestechen und wählt schon darum die etwas „tumbe" Manier. Nun ja, man kann es auch so machen. Aber ob so oder so, man muß es richtig machen. Und darf nicht vier Akte spielen lassen, wenn nur einer davon ein Bühnenspiel ist.

Willy Grunwalds Regie beschränkt sich auf herkömmliche Bilder und auf einen Durchschnittsstil. Der Erfolg liegt bei der Darstellung, und hier wieder bei Jakob Tiedtke, der mit hinreißendem Humor bewies, daß ein deutscher Graf die Haremsdiplomatie eines Paschas nicht erlernen kann. Diese dicke, schwammige Gestalt war von shakespearischem Glanz, sie führte in gerader Linie in Falstaffs Reich. Der Gast aus Hamburg, des hübsche Fräulein Johanna Zimmermann, scheint mir für eine Orientalin von allzu blendender Gemütsart zu sein, während die Gertraude von Annalise Wagner mehr ins Schwarze herüberspielte. Ein knorriger Hofvogt von Hans Marr und der gräfliche Onkel von Oskar Fuchs prägen sich ein. Der Beifall entsprach dem Anlaß. M. Sch.

Ballfest des Deutschen Opernhauses. Das gesamte Personal des Deutschen Opernhauses veranstaltet am Montag, den 26. Januar 1914 ein eigenartiges Ballfest in den Festräumen des Zoologischen Gartens. Alle künstlerischen Kräfte des Opernhauses beteiligen sich daran. Die Eintrittskarten kosten 10 Mark, für Abonnenten des Deutschen Opernhauses jedoch nur 5 Mark. Der gesamte Ertrag des Festes fließt in die neu begründeten Pensionskassen des Instituts, dem alle Gruppen des Personals: Soli, Chor, Orchester, Ballett, technisches und Bureaupersonal angeschlossen sind. Der Kartenverkauf einschließlich des Verkaufs von Souperkarten beginnt mit dem heutigen Tage im Abonnementsbureau des Deutschen Opernhauses, im Invalidendank und an allen Theaterkassen des Warenhauses A. Wertheim; Abonnentenkarten zu halbem Preise dagegen werden nur im Abonnementsbureau gegen Vorzeigung und Abstempelung des Abonnementsheftes abgegeben; jedes Abonnementsheft berechtigt zum Bezuge einer Festkarte zu 5 Mark. Auch Tische und Logen können im Abonnementsbureau belegt werden.

Ein Witz von Roda Roda. Das neue Heft des bei Hans v. Weber in München erscheinenden „Zwiebelfischs" bringt ein schlagfertiges Wort von Roda Roda zur Mitteilung. Als den Erzeugern des „Feldherrnhügels" Rößler und Roda Roda, in Wien die Aufführung des Stückes verboten worden war, führten sie persönlich beim Zensor Beschwerde. Der aber war nicht zu erweichen. „So lange", rief er mit Haltung, „Oesterreich besteht, wird das Stück nicht aufgeführt werden!" — „Na — so lange können wir warten!" erwiderte beruhigt Roda Roda.

Der Zabernprozeß.

Einen ausführlichen telegraphischen Bericht über den Zaberner Prozeß, sowie das Urteil (sechs und je drei Wochen Mittelarrest für die drei Angeklagten) haben wir bereits im gestrigen Abendblatt veröffentlicht. Wir erwähnen noch, daß der Vertreter der Anklage gegen den einen Angeklagten sieben Monate Gefängnis (!), gegen die beiden anderen Angeklagten je drei Monate Gefängnis (!) beantragt hatte.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Gustav Weber führte demgegenüber aus:

Ich bestreite, daß in dem Auffehen und dem Lärm, den die Sache in der Oeffentlichkeit schon gemacht hatte, der Schaden durch die Unterschriften der Angeklagten noch vergrößert worden ist. Durch die Oeffentlichkeit kann überhaupt das Ansehen der Armee nicht geschädigt werden. Es hat sogar etwas Gutes mit sich gebracht, daß die Altdeutschen jetzt über das Wort „Wacke" aufgeklärt worden sind. Es kam manchmal vor, daß dieses Scherzwort als Spitzname für die elsaß-lothringische Bevölkerung gebraucht wurde, ohne daß man wußte, wie verletzend dieses Wort von den Elsässern aufgefaßt wird. Nach den Akten hat es sogar ein Unteroffizier fertig bekommen, daß die Leute sich bei ihm mit den Worten haben melden müssen: „Ich bin ein Wacke!" Es ist daher gut, daß durch diese Affäre Aufklärung geschaffen ist.

Die Liebe zum Dienst wird herabgesetzt, wenn die Leute das Gefühl haben, ehrverletzend behandelt zu werden. Die Angeklagten haben nicht daran gedacht, daß ein Nachteil entstehen könnte, da ihnen ja versprochen war, daß von dem Schriftstück kein Gebrauch gemacht werden sollte. Aber

nicht alles, was in der Kaserne vorging,

kann als eine militärische Angelegenheit betrachtet werden. Das muß im Dienst wurzeln. Wir haben die Aeußerung des Leutnants v. Forstner nun alle kennen gelernt, die von allen Seiten, auch von den Vorgesetzten, gemißbilligt wird. Sie verletzt den Grundsatz der Ritterlichkeit, daß auch die Armee und die Fahne des Feindes zu schützen und zu achten sind. Mit dieser Beschimpfung hat Leutnant v. Forstner diesem Grundsatz

ins Gesicht geschlagen.

Wenn man aber dem Leutnant v. Forstner seine Jugend zugute rechnet, so muß man das auch bei den Angeklagten tun. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Das Schriftstück hat sich nicht gegen Offiziere gerichtet, sondern es sollte in einem Strafverfahren gegen den Redakteur zur Sicherung der Zeugenaussagen verwendet werden. Es schaudert einem bei dem Gedanken, daß die Angeklagten für ihre unbedachte Handlungsweise ins Gefängnis geschickt werden sollen, und damit für ihr ganzes Leben mit einem Makel behaftet würden.

Mildernde Umstände sind in reichem Maße vorhanden. Einmal kommen da die Vorfälle in Zabern selbst in Betracht und dann die Tatsache, daß die Angeklagten sich gut geführt haben. Sie sind Söhne achtbarer Eltern und ihr Geständnis muß ihnen auch zugute gerechnet werden. Was geschehen ist, ist nicht aus bösem Willen geschehen. Militärisch genommen sind die Angeklagten doch noch recht jung. Es ist nicht so, wie Oberst v. Reuter meinte, daß schon auf der Schulbank den jungen Leuten das Gefühl der militärischen Treue zum Bewußtsein komme. Vielmehr bedeutet das militärische Leben eine vollständige Umwandlung des bisherigen Lebens. Als Offizier der Reserve und als Elsaß-Lothringer bitte ich Sie, mit den Angeklagten nicht streng ins Gericht zu gehen. Wenn die beantragten Strafen verhängt werden sollten, so wird das viel böses Blut machen.

Nach einer Erwiderung des Anklagevertreters meldet sich Zeuge Redakteur Kestler zum Wort und erklärt unter seinem Eid, daß er den Angeklagten ausdrücklich versprochen habe, das Schriftstück solle nicht veröffentlicht werden, es solle nur eine Garantie sein für die Richtigkeit der Zeugenaussage. Wenn der Anklagevertreter gemeint habe, daß der Stein erst durch diese Unterschriften ins Rollen gebracht sei, so müsse er darauf erwidern, daß er schon in früheren Artikeln diese Angelegenheit besprochen habe, und daß er auf die Richtigkeit der ihm von Zivilisten aus Zabern übersandten Mitteilungen sich verlassen habe. — Verhandlungsführer: Weshalb ist denn nun aber doch die Veröffentlichung erfolgt? — Zeuge Kestler: Ueber die Gründe, die mich dazu veranlaßt haben, verweigere ich die Aussage.

Auffällig bleibt unter allen Umständen die Veröffentlichung des Schriftstücks, trotzdem der Redakteur Kestler versprochen hatte, die Veröffentlichung nicht vorzunehmen. Wie will der Zeuge Kestler diese unverständliche Handlungsweise rechtfertigen?

*

Zu dem **Urteil** wird noch offiziös gemeldet, daß die Untersuchungshaft den Verurteilten nicht angerechnet wurde, dagegen sind die Verurteilten sofort aus der Haft entlassen worden.

Einkommensgrenze und Veteranenbeihilfen.

Verschiedene Anfragen weisen darauf hin, daß in den beteiligten Kreisen die Ansicht besteht, die Gewährung von Veteranenbeihilfen wäre von einer bestimmten Einkommensgrenze abhängig. Diese Auffassung ist jedoch nach den Grundsätzen, die der Bundesrat über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer aufgestellt hat, unzutreffend. Danach ist die Beihilfe nicht an eine bestimmte Einkommensgrenze gebunden, es sollen vielmehr in jedem einzelnen Falle die wirtschaftlichen Lebensbedingungen an dem Wohnort des Kriegsteilnehmers berücksichtigt werden. Als Anhalt dabei kann die getroffene Festsetzung des ortsüblichen Tagelohnes dienen. Auch der Besitz eines kleinen Kapitals steht der Bewilligung der Beihilfe grundsätzlich nicht entgegen, wenn die Erhaltung des Kapitals im Interesse erwerbsunfähiger Kinder geboten erscheint. Abgesehen hiervon soll in jedem Fall mit Wohlwollen geprüft werden, ob die Aufzehrung des Kapitals den notwendigen Unterhalt sicher stellen würde, und ob sie dem Kriegsteilnehmer bei billiger Berücksichtigung aller Umstände zugemutet werden kann. Als gesetzliche Invalidenpensionen im Sinne des Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer gelten übrigens nicht die Renten aus der Invaliden-, Alters- und Unfallversicherung. Nur Militärpensionen, Militärrenten und Unterstützungen aus kaiserlichem Dispositionsfonds sind als Invalidenpensionen zu berücksichtigen.

Erlaß des Fahneneides in Bayern. Bereits im Sommer ging durch die Presse eine Notiz, daß in Preußen und Sachsen Fälle vorgekommen sind, in denen Rekruten mit Erfolg den Fahneneid verweigert haben. Jetzt liegt auch aus Bayern ein solcher Fall vor. Der Vorstand der Ortsgruppe Heidelberg des deutschen Monistenbundes, Georg Hälsen, teilt im Heft 30 des „Monistischen Jahrhunderts" folgendes mit: „Mitte Oktober d. J. trat ein Mitglied unserer Ortsgruppe (ein Rheinpfälzer) in ein bayerisches Regiment als Infanterist ein. Vorher hatte er ein Gesuch eingereicht, von dem Eide entbunden zu werden, da er, aus der Kirche ausgetreten, die religiöse Eidesformel als für ihn bindend nicht anerkennen könne. Ebenso wünschte er vom Kirchgang befreit zu werden. Nach privaten Unterredungen mit einigen Offizieren mußte er zur Eidesablegung antreten. Nach Abnahme der Front trat er heraus und fragte wegen seines Gesuches an. Er mußte dann mit der Kompagnie antreten, aber während die anderen Bayern vereidigt wurden, konnte er mit den Nichtbayern abmarschieren. Unser Monist legte dann im Beisein der Offiziere durch Handschlag seinen Eid der Treue ab!"

Die Aufgaben der deutschen Militärmission.

(Telegraphischer Bericht.)

Konstantinopel, 11. Dezember.

„Tasswir-i-Esfiar", eine Konstantinopeler Zeitung, veröffentlicht die Erklärung eines Mitgliedes der Regierung, in der es sein Erstaunen über die Bestürzungen wegen der deutschen Militärmission äußert. Die Mission sei ausschließlich zu militärtechnischen Zwecken engagiert und stehe zur inneren und äußeren Politik in keiner Beziehung, die als Vorwand für politische Spekulationen dienen könnte. Die Niederlagen des Balkankrieges bewiesen, daß auch die Armee radikaler Reformen bedürfe. Da die Armee seit dreißig Jahren der Reform deutscher Offiziere anvertraut sei, seien die türkischen Offiziere mit dem deutschen System vertraut. Man habe neuerlich zu einer deutschen Mission greifen müssen und habe nicht den Fehler begehen dürfen, den die Türkei nach 1878 begangen habe, wo sie ihre Niederlagen der französischen Taktik verdankte, die die Türkei angenommen habe.

Das Mitglied der Regierung begründet die Wahl des ersten Konstantinopeler Korps als Modellkorps und definiert die Befugnisse der Mission, die in der Ausbildung der Offiziere und Unteroffiziere sowie in einer Auslese des gegenwärtigen Offizierkorps bestehen würden. Die Offiziere würden nacheinander in dem Applikationslager eine Prüfung zu bestehen haben, und die untauglich befundenen würden nach vollkommener Rechtlichkeit und Unparteilichkeit pensioniert werden, so daß niemand sich werde beklagen können. General Liman werde vorläufig nicht das Recht der Inspektion aller Korps haben, werde aber damit betraut werden, falls es sich später als notwendig herausstelle. Der General werde dem Kriegsministerium unterstehen. Alle Reformen, die er vorschlagen werde, würden nach Gutheißung durch das Ministerium ausgeführt werden. Die Amtsdauer des Generals werde nach den Bedürfnissen der Armeeorganisation bestimmt werden. Zum Schluß erklärt das Mitglied der Regierung, es bestehe kein Grund für irgendwelchen Schritt oder andere Reklamationen Rußlands.

Zusammenbruch der Spanisch-Amerikanischen Bank.

(Telegraphischer Bericht.)

Madrid, 11. Dezember.

Die Spanisch-Amerikanische Bank hat heute vormittag die Zahlungen eingestellt. Die Kunden der Bank erhielten ihre Depositen zurück. Der Finanzminister erklärte, die Bank habe kürzlich von der Bank von Spanien ein Darlehen von zwanzig Millionen erhalten. Er werde sein Möglichstes tun, um eine Katastrophe abzuwenden.

Streikunruhen in Dublin.

(Telegraphischer Bericht.)

Dublin, 11. Dezember.

Heute nacht kam es hier im Zusammenhang mit dem Streik zu Unruhen. Ein Fuhrmann, der angegriffen wurde, gab Revolverschüsse ab, welche die Angreifer verstellten, dagegen den Vizepräsidenten der Dockbehörde schwer verwundeten, so daß er in bedenklichen Zustande ins Hospital gebracht werden mußte.

Die Lohnbewegung der englischen Postbeamten.

Kein Weihnachtsstreik.

Wie uns ein Telegramm aus London meldet, hat gestern der Generalpostmeister Samuel wiederum eine Abordnung von Postbeamten empfangen, die eine Lohnerhöhung von 15 Prozent forderte. Der Minister erklärte, die Regierung sei der Ansicht, daß die Löhne der Postbeamten ausreichend seien, um der Teuerung zu begegnen. Der Sekretär des Verbandes der Postangestellten erklärte dem Generalpostmeister darauf, seine Antwort schaffe eine sehr ernste Lage, für die die Regierung die Verantwortung zu tragen habe. Der Sekretär teilte später einem Journalisten mit, es werde zu Weihnachten keinen Streik geben. Der Nationalausschuß der Postangestellten werde die ganze Frage prüfen.

Präsident Wilsons Antitrustgesetzgebung.

(Telegraphischer Bericht.)

Washington, 11. Dezember.

Das Programm, das Präsident Wilson für die Antitrustgesetzgebung während der gegenwärtigen Session des Kongresses aufgestellt hat, zielt darauf hinaus, die mannigfachen Formen des Monopolwesens und der Ausschaltung der Konkurrenz im Handelsverkehr, die als unbillig und als gegen das Gesetz verstoßend zu gelten haben, zu definieren, die Beweisführung, daß keine unbillige Beschränkung der Konkurrenz im Handelsverkehr besteht, dem Angeklagten aufzuerlegen und es zu verbieten, daß ein und dieselben Personen in den Aufsichtsräten mehrerer Gesellschaften sitzen. Ferner faßt das Programm die Schaffung einer „Interstate Trade Commission" ins Auge, die befugt sein soll, das Monopolwesen zu regulieren, Untersuchungen anzustellen und den Gerichten behilflich zu sein, über Trusts verhängte Auflösungsbeschlüsse zur Durchführung zu bringen. Dieses Antitrustprogramm wurde von Präsident Wilson nach einer Konferenz mit den demokratischen Mitgliedern des Justizkomitees des Repräsentantenhauses entwickelt. In der Konferenz hatte der Präsident erklärt, daß er eine Gesetzgebung nach den Grundsätzen der Lenroot-La-Follette-Bill befürworte, die bereits seit Juni dem Kongreß vorliegt.

Letzte Nachrichten

Rom, 11. Dezember. Auf Grund des Ergebnisses der Untersuchung über den **Unfall des Panzerkreuzers „San Giorgio"** sind der Kommandant der zweiten Division des zweiten Geschwaders Konteradmiral Cagni und Kapitän z. S. Cacace, der Kommandant des „San Giorgio" zur Disposition gestellt worden.

Konstantinopel, 11. Dezember. Von zuständiger Stelle wird dem Wiener Korrespondenzbureau mit Ermächtigung des Großwesirs die Meldung von einer angeblichen **Demission des Großwesirs** kategorisch in Abrede gestellt. Der Großwesir habe sich lediglich gestern wegen einer Erkältung nicht auf die Pforte begeben.

Hierzu die Wochenbeilagen:

„Illustrierte Familien-Zeitung" No. 50 und „Illustrierte Kinder-Zeitung" No. 25.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Stegerwald in Zehlendorf (Wannseebahn); für Lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Heinrich Heydenheimer in Berlin; für den Inseratenteil: Paul Grätz in Berlin-Lichterfelde.

Hierzu 2 Beiblätter mit dem Täglichen Unterhaltungsblatt.

A. Wertheim — Heute billige Lebensmittel

Fleisch

Ochsen-Schmorfleisch . . Pfd. **1.00**
Roastbeef Pfd. **1.00**, o. Knochen **1.50**
Brust und Fehlrippe . . Pfd. **85** Pf.
Kamm 80 Pf., **Pökelzunge** Pfd. **1.25**
Kalbskeule und Rücken . Pfd. **1.05**
Kalbsbrust, Kamm, Bug Pfd. **85** Pf.
Kalbsbrustspitze . . . . . Pfd. **1.00**
Schinken im Ganzen . . Pfd. **80** Pf.
Schweinekotelettes . . . . Pfd. **1.00**
Schweinekamm u. Schuft Pfd. **85** Pf.
Rückenfett Pfd. **60, Liesen** Pfd. **75** Pf.
Kasseler Rippespeer Pfd. **80** bis **95** Pf.

Australisches Hammelfleisch

Keule im ganzen . . . . Pfd. **75** Pf.
Rücken im Ganzen . . . . Pfd. **65** Pf.
Dicke Rippe Pfd. **70, Dünnung 55** Pf.
Starke Hasen gestreift . von **3.25** an
Rehkeulen . . . . . von **4.75** an

Obst u. Gemüse

Amerikan. Aepfel . . . . Pfd. **28** Pf.
Kochäpfel . . . . . Pfd. **13, 16** Pf.
Rote Essäpfel . . . . Pfd. **15, 18** Pf.
Tiroler Aepfel . . . . 2 Pfd. **35** Pf.
Kochbirnen . . . . . Pfd. **15** Pf.
Tiroler Flaschenbirnen . Pfd. **25** Pf.
Almeria-Trauben . . Pfund **45** Pf.
Apfelsinen . . . . Dtz. **30, 38, 45** Pf.
Mandarinen . . . . . Pfd. **28** Pf.
Mandarinen . . . . Kiste **25** Stck. **98** Pf.
Hasel- und Walnüsse . . Pfd. **45** Pf.
Traubenrosinen . . . . Pfd. **65** Pf.
Feigen . . . . . Kistchen **33, 40** Pf.
Blumenkohl . . . Kopf **15, 20, 25** Pf.
Rosenkohl . . . . . Pfd. **15** Pf.
Schwarzwurzeln . . . . Pfd. **10** Pf.
Mohrrüben . . . . . 5 Pfd. **15** Pf.
Sellerie . . . . . Knolle **5, 8, 10** Pf.

Wurstwaren

Rotwurst . . . . . Pfd. **55, 75** Pf.
Landleberwurst . . . . Pfd. **90** Pf.
Pasteten-Leberwurst . . Pfd. **1.15**
Tomatenleberwurst . . . Pfd. **1.20**
Sardellenleberwurst . . . Pfd. **1.20**
Trüffelleberwurst . . . . Pfd. **1.20**
Jagdwurst . . . . . Pfd. **1.10**
Teewurst . . . . . Pfd. **1.30**
Zervelat- u. Salamiwurst Pfd. **1.35**

Gänse . . . . . Pfd **60, 70, 78** Pf.
Gänse-Rümpfe . Stück **2.50** bis **4.25**
Tilsiter Mastenten . . . Pfd. **85** Pf.
Puten . . . . . Pfd. **85** Pf.
Suppen-Hühner . Stück **1.40** bis **2.60**
Brat-Hühner . . Stück **1.30** bis **2.40**
Krammetsvögel . . . . Stück **35** Pf.
Gänse-Pökelfleisch . . . Pfd. **68** Pf.

Butter und Käse

Koch- und Backbutter Pfd. **1.10, 1.18**
Tischbutter Pfd. **1.28**, ½ Pfd.-Pak. **64** Pf.
Tafelbutter Pfd **1.36**, ½ Pfd.-Pak. **68** Pf.

Gänseschmalz garant. rein Pfd. **95** Pf.
Bratenschmalz . . . . . Pfd. **68** Pf.
Pflaumenmus . . . . . Pfd. **25** Pf.

Emmenthalerkäse . . . Pfd. **1.10**
Bayerisch. Schweizerkäse Pfd. **88** Pf.
Holländer Käse . . . . Pfd. **75** Pf.
Romatour-Käse . . . . Stück **23** Pf.
Limburger Käse . . . . Pfd. **48** Pf.
Brie-Käse . . . . . Pfd. **78** Pf.
Camembertkäse . . . . Stück **20** Pf.
Kuh- und Landkäse 2 Stück **35** Pf.
Faust- und Spitzkäse 3 Stück **25** Pf.
Speize-Quark . . . . Stück **10** Pf.

Fische

Kabeljau o. K., i. gz. Fisch. Pfd. **28** Pf.
Seelachs o. K., i. gz. Fisch. Pfd. **26** Pf.
Schellfisch 2-4 Pfd. schwer Pfd. **30** Pf.
Rotzungen . . . . . Pfd. **30** Pf.
Merlan . . . . . Pfd. **25** Pf.
Frische Zander . . . . Pfd. **68** Pf.
Lachs in ganzen Fischen Pfd **50** Pf.
Seemuscheln . . . . 100 Stück **30** Pf.
Lebende Karpfen . . Pfd **85, 95** Pf.
Leb. Hechte . . . . . Pfd 1 Mk.
Leb. Forellen, nur Leipz. Str., Pfd. **1.90**
Leb. Plötzen . . . . . Pfd. **48** Pf.

Kieler Bücklinge . . . 3 Stück **25** Pf.
Makrelen-Bücklinge . Stück **10** Pf.
Goldfische . . . . . Stück **10** Pf.
Sprotten . . . . . Pfd. **65** Pf.
Sprottbücklinge . . . . Pfd. **55** Pf.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.
Berlin, Neue Königstr. 80.
J. Rosenfeld.

Theater-Konzerte

Königliche Schauspiele

Opernhaus.
Freitag, 12. Dezember 250. Abonnements-Vorstellung. **Der Rosenkavalier.** Anfang 7½ Uhr.
Sonnabend, 13. Dezember. 251. Abonnements-Vorstellung. **Margarete.** Anfang 7½ Uhr.

Schauspielhaus.
Freitag, 12. Dezember. 246. Abonnementsvorstellung. **Graf Ehrenfried.** Anfang 7½ Uhr.
Sonnabend, 13. Dezember. 247. Abonnementsvorstellung **Die Nibelungen.** Erster Abend: **Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.** Anfang 7½ Uhr.

Lessing-Theater.
8 Uhr: **PYGMALION.**
Lustspiel von Bernard Shaw.

Deutsches Künstler-Theater. Sozietät.
Nürnbergerstrasse 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1983.
8 Uhr: **Schirin und Gertraude.**
Sonnab. 3½ Uhr: **Duncan-Schule: Tänze und Reigen.**
Sonnab. 8 Uhr: **Schirin u. Gertraude**

Berliner Theater.
8 Uhr: **Wie einst im Mai.**

Deutsches Opernhaus, Charlottenbg
Untergrundbahnhof Bismarckstrasse
8 Uhr: **Manon Lescaut.**

Deutsches Schauspielhaus.
8 Uhr
Die heitere Residenz.

Theater am Nollendorfplatz 5.
Abends 8 Uhr: **Mikado.**
Morg. Sonnab. 4 Uhr zu kl. Preisen: **Frau Holle.**

Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonnab. 4 Uhr: D. tapfere Schneiderlein.

Monti-Operettentheater
Abds. 8 Uhr: **Die ideale Cattin.**

8 Uhr **Residenz-Theater** 8 Uhr
Hoheit — der Franz!
Allabdl. 8 Uhr: Hoheit — der Franz!

Zirkus Busch
Heute, Freitag, d. 12. Dezember, abends 7½ Uhr:
Die bisher grösste und prunkvollste Ausstattungs-Pantomime
„Pompeji"
in 5 glänzenden Akten.
Besonders hervorzuheben: Das Bacchusfest. — Das grosse Amphitheater. — Das pompejanische Bad.
Verschüttung Pompeji's im Aschenregen.
Vorher das gr. Gala-Programm.
Kapt. Huling.
Eine Nordpolszene i. Zirkus Busch.
Mad. Smaragda mit ihren dressierten Katzen und Tauben.
La Dorando, Jongleur-Akt.
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr zum 2. Male:
„Aus unseren Kolonien."
1 Kind frei

8 Uhr **Thalia-Theater** 8 Uhr
Die Tango-Prinzessin.

Rose-Theater.
8 Uhr: **Der Meineidbauer.**

8 Uhr **Casino-Theater** 8 Uhr
Der neue Saison-Possen-Schlager:
Ferdinand der Tugendhafte.

Metropol-Theater.
Abends 7 Uhr 55 präzise:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Walhalla-Theater.
8¼ Uhr: **Wolkenbummler.** 8¼ Uhr:

Luisen-Theater.
8¼ Uhr: **Kasernenluft.**

Circus Alb. Schumann
Heute Freitag, 12 Dez., Ab 7½ Uhr
Grosse Sport-Vorstellung.
U. a.:
Les Stara (3 Damen)
Orig.-Jongleur-Akt „Im Maxim" Marietta's
5 dressierte Seelöwen zu Pferde!
Perche Balance-Acrobaten.
Alico Collin
die phänomenale **Creolin** mit ihren Partnern
u. die übrigen Dez.-Attractionen
Um 9½ Uhr
Nur noch kurze Zeit!
Tango vor Gericht!
Pantom. Burleske in 3 Akten mit Gesang und Tanz.

UT
Lichtspiele
Weinbergsweg 16—17
(2 Min. v. Rosenthaler Tor).
Moritzplatz.
Hasenheide,
Reinickendorferstr. 14
Das bunte Programm mit TANGO-FIEBER
Morgen zum 300. Male.

Schöneberg, Hauptstr. 49
Eine Aeroplan-Heirat.
Lustspiel in 3 Akten.

Die CINES Theater
Palast am Zoo
Täglich Anfang 6 Uhr.
Sonntags, 3 Uhr: Matinee.
Komplettes Programm grosser
Variété-Akte
sowie unsere renommierten Lichtspiele
Preise von 65 Pfennig an.

Nollendorf-Theater
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt
S. M. dem Deutschen Kaiser vorgeführt und mit grossem Beifall aufgenommen.
Wochentags Anfang 6½ u. 9 Uhr
Sonntags 4, 6½ und 9 Uhr.
Jugend-Vorstellung
Sonnabend 4 Uhr
zu halben Preisen

Winter Garten
Neues Programm!
Rita Sacchetto
Serene Nord — Robert Steidl
Die Venus im Bade
und die von
Publikum und Presse glänzend beurteilten Dezember-Attractionen!
Rauchen gestattet!

Apollo Theater
Friedrichstrasse 218
Tel. Lützow 2757.
Vornehmstes Variété
Costantino Bernardi
und das grosse Variété-Programm.
Rauchen überall gestattet!
Beginn: 8 Uhr.
Ab 7½ Uhr: **KONZERT.**

Schiller-Theater O. (Wallner Th.).
Freitag, abends 8 Uhr:
Heimgefunden.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Cyges und sein Ring.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Freiwild.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.

Schiller-Theater Charlottenburg
Freitag, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sonntag, abends 8 Uhr
Was ihr wollt.

MARMOR-HAUS LICHT-SPIELE
(An der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche)
Kurfürstendamm 236.
Wieder ein Bomben-Lach-Erfolg
Rita Sacchetto
in
Die weisse Dame
Lustspiel in 3 Akten und der phänomenale neue Spielplan.
5, 7, 9 Uhr.

Friedr.-Wilhelmstädt. Theater
Die Kino-Königin.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anfg. 8 Uhr.
Sonnabend, den 13. 12., 4 Uhr:
Dornröschen.
Sonntag, d. 14. 12., 3 Uhr:
Maria Stuart.
Kleine Preise.

Musikinstrumente
empfiehlt zu **Festgeschenken**
J. Aitrichter,
Hof-Instrum.-Fabr.,
Frankfurt a. Oder 18.
Filiale: **Berlin C.,**
Königstrasse 1—6.
Catalog gratis.

Brillanten
Als Spezialität aussergewöhnlich billig.
Max Brinner, Jerusalemer Str. 50.
Der Ruf der Firma (gegr. 1863) bürgt für strengste Reellität.
Ringe, m. Gold, 14 k. m. 1 Br. v. 9 M. an
Ohrringe . 14 . . 2 . . **18** . .
Brosche . 14 . . 1 . . **20** . .
Herr.-Nsd. . 14 . . 1 . . **13** . .
usw. bis zum feinsten Genre.

Graue Haare
erhalten ihre ursprüngliche Farbe von Blond, Braun, oder Schwarz sofort dauernd wasserecht wieder d. mein unschädliches u. untrügliches Kittel „Kinoir" (ges. gesch.). Cart. 4 M. (1 Jahr ausreichend). **Nur in Bortia** b. Franz Schwartzose, Berlin SW. 61, neben Colonnaden.

PILSATOR
EIN GUTER TRUNK AM STAMMTISCH UND IM HAUSE
Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Siphons
BÖHMISCHES BRAUHAUS
NO 18. Teleph.: Amt Königstadt 3088, 4088/90

Wer möchte recht frohe Weihnacht feiern?
der denke nicht nur an sich und seine Kinder, sondern sende recht frühzeitig ein Scherflein für die Kinder, deren Mütter im Gefängnis sitzen, während es doch heisst: o du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit. Für die Christfreude dieser armen Kinder möchte auch in diesem Jahr der alte und der neue Hausgeistliche des Stadtvogtei-Frauen-Gefängnisses mit Hülfe teilnehmender Herzen Sorge tragen!
Ernst Berendt, Pfarrer.
Wilhelm Linsingen, Pfarrer.
Berlin NO., Barnimstr. 10.

Technikum Neustadt
Abteilung für Ingenieure, Techniker, Werkmeister.
Höhere Lehranstalt. Masch.-Bau, Elektrot. Elektrizitätswerk. Lehrwerkstatt. — Programm frei. — **I. Meckl.**

Nur ein Preis!
Frische, fette, junge, 7—15 Pfd. schwere
Gänse pro Pfd. **72.**
Nur allererste Qualität!
Gänserümpfe, ½ Gänte, ¼ Gänte, Suppenhühner, Brathühner, Tauben empfiehlt
F. Wegner, Berlin SO.,
nur **Mariannenstr. 34.***

Spezialgeschäft für Uhren
In grösster Auswahl:
gut gehend, genau reguliert!
Kunst.-Remt.-Uhren v. 5 M.
Silb. Remt.-Uhren „ 7 M.
Gold. Remt.-Uhren „ 12 M.
Schlgw.-Rten.-Uhren „ 9 M.
Sgk.-Wecf.-Uhren „ 2 M. an
Reelle schriftliche Garantie.
E. Möbis
14 Beuthstrasse 14,
neb. Café Aschinger, a. Spittelmarkt.

Kredit an Jedermann
Herren- Anzüge, Paletots, Ulster, Gehröcke
Damen- Paletots, Ulster, Kostüme, Röcke, Blusen
Kunden und Beamten ev. **ohne Anzahlung**
Wochenrate von **1 M.** an.
PELZWAREN
Separate Abteilung:
Möbel komplette Wohnungs-Einrichtungen
Speisezimmer, Schlafzimmer, Schränke, Vertikos, Bettstellen, Matratzen, Tische, Stühle, moderne Küchen, Sofas, Teppiche, Gardinen usw. usw.
Kulant □ billig □ reell □ diskret
Waren- und Möbel-Kredit-Haus
Paul Neugebauer Nachf.
Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 31
Ecke Wallstrasse I. und II. Etage.

„Clou" Berliner Konzerthaus
Mauerstrasse 82. Zimmerstrasse 90/91.
Gr. Wohltätigkeits-Fest der Berliner Jugendwehr, angeschlossen an den Jungdeutschland-Bund unt. d. Protektorate **S. Excell. d. Generalfeldmarschalls Dr. jur. Frhr. v. d. Goltz. Elite-Konzert,** ausgeführt von dem Musikkorps der **Berliner Jugendwehr** verstärkt durch **„Ehemalige" unsm. Solisten!** Leit.: 1. Arm. Mus. Insp. Prof. **Grawert** u. Musikdir. **Martin Lenmann** u. Stbw. d. 3. **Berl. Konzerth.-Orch.,** Leit.: Komp. **Frz. v. Blon** u. Kgl. Musikdir. Prof. **Tr. Wolff Cohn.** Stabübungen, Keulenschwingen, Pyramidenstellen, ausgeführt v. d. Marine- u. Infanterie-Abteilungen der Jugendwehr. Anfang 8 Uhr. Eintritt M. 1.—. Im Vorverkauf M. 0.75. Kart. zu haben in den Filialen von Loeser & Wolff, der Berl. Paketfahrt-Gesellschaft u. im „Clou". Alle Vergünstigungen aufgehoben!